

1111 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht des Zollausschusses

über die Regierungsvorlage (1024 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und Spanien über gegenseitige Amtshilfe in Zollangelegenheiten

Der gegenständliche Staatsvertrag dient dem Zweck, die Bemühungen um die Erfassung der Waren im grenzüberschreitenden Verkehr und die Erhebung der Zölle und sonstigen Abgaben zu verbessern sowie schließlich, den Schmuggel von Waren entschiedener zu bekämpfen. Das Abkommen sieht eine umfassende Zusammenarbeit der beiden Zollverwaltungen vor; ausgenommen bleibt jedoch vor allem die Amtshilfe zur Einbringung von Abgaben und anderen Geldleistungen.

Der Zollausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 1. Juni 1982 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter Abgeordneter Dkfm.

Gorton sowie Frau Staatssekretär Elfriede Karl das Wort.

Der Zollausschuß vertritt die Auffassung, daß die Bestimmungen des Abkommens zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert sind, sodaß sich eine Beschlussfassung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG erübrigt.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des gegenständlichen Staatsvertrages zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Zollausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und Spanien über gegenseitige Amtshilfe in Zollangelegenheiten (1024 der Beilagen) die Genehmigung erteilen.

Wien, 1982 06 01

Dr. Lenzi
Berichterstatter

Hietl
Obmann